

Impressum:

Herausgeber SPD Pasing

V i S d P Gerda Schneider - Koether
(Vorsitzende) Nimmerfallstr 3
81245 München

Redaktion, Recherche, und Gestaltung

Geschichtswerkstatt
Arbeiten und Leben in Pasing e V
Ebenböckstr 11
81241 München

Druck Li Waj Tang, 81245 München

Pasing im Juni 1994

Ins Internet gestellt und neu formatiert:

Richard Roth (Ortsverein Pasing) Jan. 2007



100 Jahre SPD Pasing 1894-1994

Johann Breninger
1. Vorsitzender des „Lesevereins Einigkeit“

100 Jahre SPD Pasing

Teil I: 1884 - 1945

Die inzwischen 131 Jahre alte Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist eine Geschichte des Kampfes gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und politische Entrechtung, gegen Verfolgung und Unterdrückung. Die wechselvolle Geschichte der SPD ist geprägt von - meist hart erkämpften - politischen Erfolgen, kleinen Fortschritten und großen Siegen auf dem langen Weg zu Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, zu Parlamentarisierung und Demokratie. Und: Die Geschichte der Sozialdemokratie - gerade darüber legt auch die "Biographie" der Pasinger SPD ein beredtes Zeugnis ab - ist in erster Linie eine Geschichte von Menschen, von engagierten Mitgliedern, von unermüdlichen Helferinnen und Helfern, ohne die die Erfolgsgeschichte der Partei in dieser Form nicht denkbar ist. Die SPD - die älteste demokratische Partei unseres Landes - war stets eine Partei, die ihre politischen Ziele unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtete. Ihr Hauptaugenmerk galt insbesondere den sozial Schwachen, den politisch Einflußlosen, den Benachteiligten und Unterprivilegierten. Deren Lebenslage zu verbessern war und ist ein sozialdemokratischer Kerngedanke. Diese programmatische Zielorientierung wird freilich nicht nur im Tagesgeschäft der "großen Politik" auf Reichs-, später auf Bundes-, und Landesebene erkennbar. In der historischen Rückschau zeigt sich die zentrale Bedeutung sozialdemokratischer Politik gerade auch auf der lokalen Ebene, im überschaubaren Gemeinwesen. Hier wurden praktische Maßnahmen und Reformen unmittelbar wirksam, konnten konkrete Verbesserungen meist rascher und für die Bürgerinnen und Bürger nutzbringender umgesetzt werden, als über die eher schwerfälligen Parlamente. Die Geschichte der Pasinger SPD dokumentiert dies in eindrucksvoller Weise.

Wie so oft kann auch in unserem Fall das genaue Gründungsdatum der Pasinger Sozialdemokratie nicht mehr zweifelsfrei rekonstruiert werden. Mögliche Anfänge eines lockeren, informellen - und notwendigerweise auch getarnten - Zusammenschlusses sozialdemokratisch orientierter Facharbeiter und

Handwerker lassen sich jedenfalls bis in die Zeit des Sozialistengesetzes zurückverfolgen. In eine Zeit also, in der auch Pasing einen stürmischen Industrialisierungsschub und die Herausbildung eines selbstbewußten Industrieproletariats erlebte, in der sich allerdings auch die soziale Frage immer drängender stellte.

Die ersten schriftlichen Zeugnisse der Pasinger Sozialdemokratie datieren aus den frühen 90er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Am 15. Juli 1893 wurde auf Initiative einiger Arbeiter der Regensteiner'schen Fabrik unter der Führung des Schuhmachers **Johann Breninger** ein Leseverein mit dem bezeichnenden Namen "**Einigkeit**" gegründet; zweifelsfrei ein von Sympathisanten und Anhängern der Sozialdemokratie getragener Verein. Eine politische Organisation war dies noch nicht, zumindest nicht nach außen. Das politische Bewußtsein der Vereinsmitglieder war freilich, wie sich alsbald zeigen sollte, stark ausgeprägt.

Drei Jahre nach der Aufhebung des unsäglichen Sozialistengesetzes (dieses "Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" war zwischen 1878 und 1890 Grundlage für ein Verbot der sozialdemokratischen Organisationen und Presse sowie für die Verhaftung und Ausweisung von zahlreichen Parteifunktionären) bestand zwar formal kein Erfordernis mehr, politisch ambitionierte Organisationen unter der Tarnkappe eines unpolitischen Vereins zu etablieren. Von einer Demokratisierung von Staat und Gesellschaft nach heutigen Maßstäben war man im Kaiserreich jedoch noch sehr weit entfernt und das Mißtrauen der Pasinger Vereinsgründer gegenüber der staatlichen und polizeilichen Toleranz war keineswegs unberechtigt. Man gab sich also betont unpolitisch. Zweck des Vereins war, "seinen Mitgliedern auf allen Gebieten des Wissens Gelegenheit zur Ausbildung zu geben". Dazu sollten Lesekurse, Vorträge und Diskussionen veranstaltet werden, getreu der Maxime "Wissen ist Macht - Macht ist Wissen", die Wilhelm Liebknecht, einer der Gründerväter der deutschen Sozialdemokratie, schon im Jahr 1872 ausgegeben hatte.

Vorstand des Lesevereins "Einigkeit"

1. Vorsitzender:	Johann Breninger,
2. Vorsitzender:	Josef Wenninger
Kassier:	Georg Bühler
Schriftführer:	Raphael Villinger
Bibliothekar:	Johann Lang

Steigende Mitgliederzahlen und reichsweite Wahlerfolge der sozialdemokratischen Organisation stärkten in dieser Phase auch das Selbstbewußtsein der Pasinger Genossinnen und Genossen. Bald schon betrieb man im Leseverein - für die argwöhnischen Polizeiorgane unübersehbar- "politische Agitation". Dies ging so weit, daß auf einem Sommerfest des Vereins im August 1894 die zur Überwachung der Veranstaltung abgestellten Gendarmen bedrängt und beschimpft wurden. Rote Fahnen flatterten über rund 1.500 ausgelassenen Gästen, die aus ihrer Gesinnung durch Rufe wie "hoch lebe die soziale Revolution, hoch die Sozialdemokratie" kein Hehl machten. Dieses offene politi-

Das Sommerfest des Pasinger Lesevereins "Einigkeit" im August 1894

Der Pasinger Stationskommandant :

"An diesem Feste beteiligten sich etwa 1.500 Sozialdemokraten, meistens aus München, Untersendling sogar mit roter Fahne. (...) Aufreizende Reden wurden nicht gehalten. Dagegen auf die Sozialdemokratie stets Hochs ausgebracht. Ein Frauenzimmer schrie einige Male 'Hoch lebe die Soziale Revolution' wozu alles einstimmte; sozialistische Lieder wurden mehrere gesungen. Ein Unbekannter hielt eine sogenannte stumme Rede. Wenn dieser z.B. seine Hände in die Höhe reckte, schrie alles (...), beim Abwärtsstrecken Fußestampfen, beim Seitwärtsstrecken Händeklatschen. Mehrere Münchner und auch hiesige Sozialdemokraten hielten sich über die Anwesenheit der Gendarmerie auf und verlangten Eintritt. Einige verlangten den schriftlichen Auftrag und wieder mehrere schrien 'Wir brauchen keine Gendarmen in Uniform. Er soll in Zivil kommen, wenn er uns überwachen will' und dergleichen. Sonstige Ruhestörungen kamen nicht

sche Bekenntnis bedeutete freilich das Ende des Lesevereins. Da das Sommerfest nach Überzeugung der Behörden widerrechtlich zu einer politischen Veranstaltung umfunktioni-ert worden war, erwirkte das Königliche Bezirksamt ein Verbot des Vereins.

Der "Würmtalbote":

"Am gleichen Tage hatte der hiesige (sozialdemokratische) 'Leseverein' im Schützengarten eine Unterhaltung, auch mit Musik, Gesang und verschiedenen Volksbelustigungen, bei der es jedoch nicht so harmlos herunter ging, als bei den benachbarten Typographen; namentlich die Gendarmerie wurde mit scheelen Augen angesehen und verschiedene wenig schmeichelhafte Bemerkungen gemacht, dem hiesigen Gemeindediener und Polizeisoldaten wollte man gar den Zutritt verweigern."

Doch mit dem Verbot des Lesevereins erreichte die Staatsmacht ihr Ziel nicht. Vielmehr intensivierten Breninger und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter nunmehr ihre Aktivitäten und gingen zur offensiven Parteiarbeit über. Kurz nach dem Verbot erfolgte am **19. September 1894 die Gründung eines "Sozialdemokratischen Wahlvereins Pasing"**. Dieses Datum kann als die offizielle Geburtsstunde der Pasinger SPD gelten. Wenige Jahre später (1899) erfolgte die Umbenennung in **"Sozialdemokratischer Verein"**. Nun war die Pasinger Parteisektion trotz beträchtlicher Widerstände der Staatsorgane und der bürgerlichen Kräfte zu einem festen Bestandteil der bayerischen Landesorganisation der SPD und zu einer wichtigen Größe in der Pasinger Lokalpolitik geworden.

Aus den Statuten des Sozialdemokratischen Wahlvereins Pasing (1894)

1. Zweck des Vereins ist, die Herbeiführung wahrhaft volksthümlicher Wahlen zu Reichstag, Landtag, Gemeindevertretung und sonstigen gesetzlichen Wahlkörpern.
2. Dieses Ziel soll erreicht werden durch thatkräftige und planmäßige Ausübung der durch die Wahlversammlungs- und Vereins- und sonstigen Gesetzgebungen gewährten staatsbürgerlichen Rechte, insbesondere:
 - I. Durch die Vorbereitung auf die kommenden Wahlen mittels Werbung von Mitgliedern, Veranstaltung von politischen Vorträgen und Besprechungen in den Vereinsversammlungen, Ausnützung der Presse;
 - II. Nach erfolgter Wahlausschreibung durch Leitung der Wahlbewegung. (...)

Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins:

Vorsitzender:	Johann Breninger
Kassier :	Thomas Neher
Schriftführer:	Ignaz Geßner

Voraussetzung für die Propagierung und erfolgreiche Durchsetzung sozialer und demokratischer Elemente war auch im deutschen Kaiserreich die Repräsentanz in den politischen Entscheidungsgremien. "Wahrhaft volksthümliche Wahlen" gab es in Deutschland zum damaligen Zeitpunkt aber nicht, da - um nur zwei wichtige Beispiele zu nennen - der weiblichen Bevölkerungsmehrheit das Wahlrecht verweigert wurde (das Frauenwahlrecht wurde erst 1918 eingeführt) und in einigen Landesparlamenten ein **Drei-Klassen-Wahlrecht** herrschte. Bei den Pasinger Gemeindewahlen durften im Jahr 1905 von den 7.526 Einwohnerinnen und Einwohnern nur 268 "Bürger" teilnehmen (also weniger als 4 %). Nur diese privilegierte Schicht der Pasinger Einwohnerschaft besaß das begehrte **Bürgerrecht**, das für die meisten Pasinger Arbeiter aufgrund der bewußt

hoch angesetzten Bürgerrechtsgebühr unerschwinglich war. Dementsprechend war die Zusammensetzung der kommunalen Gremien. In Pasing bestimmten Großbauern, Bauunternehmer, Fabrikdirektoren und Geschäftsleute die Geschehnisse der Stadt Auch bei Reichs- und Landtagswahlen blieb die sozialdemokratische Bewegung trotz steigender Stimmanteile und rechnerischer Mehrheiten bei der Mandatsverteilung benachteiligt. Das Mißverhältnis zwischen anhaltenden Wahlerfolgen und verweigerter politischer Partizipation führte schließlich zu einer absurden Konstellation. Die Pasinger SPD war bei den Landtagswahlen von 1905 zwar zur stärksten Partei in der Stadt geworden, konnte aber bei den im selben Jahr stattfindenden Gemeinderatswahlen nur über ein Wahlbündnis mit der konservativ-katholischen Zentrumspar- tei zwei Vertreter in den 30-köpfigen Gemeinderat entsenden.

Die staatlich regulierte politische Unterrepräsentation der Sozialdemokratie in den Parlamenten, Stadt- und Gemeinderäten entsprach während der Kaiserzeit nie dem tatsächlichen Gewicht der Partei, das in stetig steigenden Stimmenanteilen zum Ausdruck kam. Das ungerechte Wahlrecht zu verändern war daher eine zentrale und vordringliche Aufgabe des Pasinger Wahlvereins. Eine grundlegende Demokratisierung der Verfassung und des Wahlrechts brachte allerdings erst die Revolution vom November 1918.

Zusammensetzung der Pasinger Erwerbsbevölkerung 1921 (in %)

Arbeiter	28 %
Handwerker	18 %
Beamte	15 %
Rentner	12 %
Kaufleute	10 %
Geistige Berufe	8 %

Zwischen 1890 und 1910 entwickelte sich Pasing endgültig vom Bauerndorf zur Stadt. Die Stadterhebung wurde **1905** vollzogen.

Mit der 1840 erfolgten Anbindung an das Eisenbahnnetz kam die Industrie und mit ihr kamen die Arbeiter nach Pasing. Damit wuchs die Bedeutung der SPD.

Zu den wichtigsten Fabrikgründungen, die die Industriekultur und Arbeiterbewegung in Pasing prägten, gehörte die 1840 errichtete Papierfabrik. Diese wurde 1893 von der Aktiengesellschaft München-Dachauer Papierfabriken übernommen, einer heutigen Tochter der Technocell AG, die kurz vor dem Aus steht. 1873 wurde nördlich der Bahnlinie die Teerproduktenfirma Weyl, kurz die "Chemische" genannt, erbaut. Aus dieser Zeit herührende Altlastenprobleme behindern bis heute eine Bebauung dieses Geländes. 1874 folgte beim Bahnhof die Malzfabrik, 1883 die Spiritusbrennerei Riemerschmid, Anfang der 90er Jahre die Papierwarenfabrik Stiefel & Manzinger sowie die Schuhfabrik Regensteiner, 1899 schließlich die Leistenfabrik Berne.

Vor allem aus diesen Industriebetrieben rekrutierte sich die örtliche SPD, wovon auch zahlreiche neugegründete **Sektionen** - u.a. in Allach, Aubing, Krailling, Olching und Gauting -Zeugnis ablegten. Von den 4.100 Pasinger Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 1895 mußten nach Schätzungen der Münch-

ner Polizei rund 1.500 Personen, immerhin 36,6 %, der Industriearbeiterschaft zugeordnet werden, von der sich die Mehrzahl, so die Vermutung der Polizei, zur Sozialdemokratie bekannte.

Mit der 1840 erfolgten Anbindung an das Eisenbahnnetz kam die Industrie und mit ihr kamen die Arbeiter nach Pasing. Damit wuchs die Bedeutung der SPD.

Zu den wichtigsten Fabrikgründungen, die die Industriekultur und Arbeiterbewegung in Pasing prägten, gehörte die 1840 errichtete Papierfabrik. Diese wurde 1893 von der Aktiengesellschaft München-Dachauer Papierfabriken übernommen, einer heutigen Tochter der Technocell AG, die kurz vor dem Aus steht. 1873 wurde nördlich der Bahnlinie die Teerproduktenfirma Weyl, kurz die "Chemische" genannt, erbaut. Aus dieser Zeit herührende Altlastenprobleme behindern bis heute eine Bebauung dieses Geländes. 1874 folgte beim Bahnhof die Malzfabrik, 1883 die Spiritusbrennerei Riemerschmid, Anfang der 90er Jahre die Papierwarenfabrik Stiefel & Manzinger sowie die Schuhfabrik Regensteiner, 1899 schließlich die Leistenfabrik Berne.

Arbeiter-Radfahr-Verein "Frisch auf"	1903
Arbeiterturnverein (heute Pasing 03)	1903
Allgemeine Kranken- und Sterbekasse für Metallarbeiter Hamburg, Filiale Pasing	1903
Konsumverein Sendling, Verkaufsstelle Pasing	1904
Zentralverband der Hilfs- und Transportarbeiter verschiedener Berufe, Zahlstelle Pasing	1906
Gewerkschaftsverein Pasing	1906
Arbeiter-Sparverein "Solidarität"	1907
Dramatischer Club	1908
Arbeiter-Sparverein	1909
Kleinwohnungsgenossenschaft Pasing	1910
Touristenverein "Die Naturfreunde" Ortsgruppe Pasing	1910
Arbeitsnachweis des Deutschen Metallarbeiterverbandes	1912
Arbeiter-Sport-Kartell Pasing	1925

Organisationen der Pasinger Arbeiterbewegung	
Zentralkranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands, Zahlstelle Pasing	1891
Leseverein "Einigkeit"	1893
Verein deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Pasing	1894
Sozialdemokratischer Wahlverein	1894
(Arbeiter-)Gesangverein "Liedertafel"	1894
Consumverein Pasing	1896
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Sektion Pasing	1898
Sozialdemokratischer Verein	1899

Vor allem aus diesen Industriebetrieben rekrutierte sich die örtliche SPD, wovon auch zahlreiche neugegründete **Sektionen** - u.a. in Allach, Aubing, Krailling, Olching und Gau-

ting Zeugnis ablegten. Von den 4.100 Pasinger Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 1895 mußten nach Schätzungen der Münchner Polizei rund 1.500 Personen, immerhin 36,6 %, der Industriearbeiterschaft zugeordnet werden, von der sich die Mehrzahl, so die Vermutung der Polizei, zur Sozialdemokratie bekannte. Vor diesem Hintergrund war die sozialdemokratische Parteigründung in Pasing auch gleichermaßen Keimzelle und Ausgangspunkt für eine Reihe sogenannter **Vorfeldorganisationen**. Insbesondere Arbeitersport- und Arbeiterkulturvereine, die sich in den folgenden Jahren in Pasing etablierten, dokumentieren die vitalen und vielfältigen Aktivitäten der Pasinger Arbeiterschaft.

Von den "nicht politischen" Organisationen der Pasinger Arbeiterschaft verdienen besonders die **Genossenschaften** Aufmerksamkeit. Der Gedanke der kollektiven und solidarischer Selbsthilfe hat in der Arbeiterbewegung eine lange Tradition. Zweck der Genossenschaften war eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft. Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis sich auch in Pasing die ersten Genossenschaften etablierten. Bereits im Februar 1896 wurde von einigen sozialdemokratischen Facharbeitern der "Consumverein Pasing" gegründet, der sich ganz offensichtlich am erfolgreichen Vorbild des schon seit 1886 bestehenden "Consumvereins Sendling-München" orientierte. Aus unbekanntenen Gründen wurde der Pasinger Konsumverein jedoch ein Jahr später wieder aufgelöst. Ihm folgte 1903 eine Verkaufsstelle des "Consumvereins Sendling-München", der zu diesem Zeitpunkt im Münchner Stadtgebiet immerhin zwölf Niederlassungen besaß.

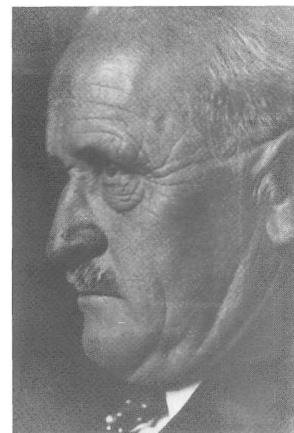
Um die katastrophalen Wohnverhältnisse der Arbeiterfamilien zu bekämpfen, wurden auch in Pasing zu Beginn unseres Jahrhunderts zahlreiche **Baugenossenschaften** gegründet. Mit der SPD eng verbunden war die 1910 ins Leben gerufene "Baugenossenschaft für Kleinwohnungsbau e.G.m.b.H.", die bereits nach wenigen Jahren an der heutigen Nimmerfallstraße die ersten Wohnbauten fertigstellen konnte. Befriedigt notierte damals der Vorsitzende der Genossenschaft, Hans Nimmerfall: "Licht, Luft und Sonne bo-

ten die neuen Wohnungen für die Arbeiterfamilien. Die Genossen, die in elenden Wohnlöchern der Privathausbesitzer Pasings bisher hausten, fühlten sich glücklich und zufrieden in ihren eigenen Heimen."

War in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts der schon erwähnte Schuhmacher Johann Breninger treibende Kraft und dominierende Persönlichkeit der Pasinger SPD, so ist die Geschichte der Partei nach der Jahrhundertwende vor allem mit einem Namen verbunden: **Hans Nimmerfall**. Gemeinsam mit **Thomas Neher** war er der erste Sozialdemokrat, der 1905 den Einzug in den von Bürgerlichen dominierten Gemeinderat schaffte und hier auch sehr schnell, dank seiner Durchsetzungsfähigkeit und seines kompromißlosen Eintretens für soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung, ein unverwechselbares Profil erwarb. Nimmerfall gelang es - in kleinen Schritten freilich - die Entscheidungen in den Gemeindegremien im Sinne der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Der 1872 geborene Schreiner hatte sich bereits in den 1890er Jahren der Münchner SPD angeschlossen und avancierte schnell zu einer wichtigen Persönlichkeit in der bayerischen Parteiorganisation.

Im Jahr 1900 wurde er in den SPD-Bezirksvorstand Südbayern gewählt und 1903 zum hauptamtlichen Bezirksparteisekretär der südbayerischen SPD ernannt. Beide Ämter übte er bis zum Verbot der Partei 1933 aus. 1903 ließ er sich in Pasing nieder und übernahm hier eine Filiale des **Konsumvereins Sendling-München**.

Hans Nimmerfall, geb 1872 , Aufnahme von 1931



Im gleichen Jahr kandidierte er erstmals für den Reichstag - ein Zeichen für die hohe innerparteiliche Wertschätzung Nimmerfalls. Mit 206 Stimmen erzielte er immerhin einen Achtungserfolg und konnte sogar das Ergebnis seines prominenten Vorgängers Ge-

org von Vollmar geringfügig verbessern. 1912 eroberte Nimmerfall einen Sitz im Bayerischen Landtag, dem er bis 1920 und noch einmal zwischen 1924 und 1928 angehörte. Sein Interesse galt freilich nicht nur der Landespolitik. Sein Anliegen war auch, der Pasinger SPD größere Einflußmöglichkeiten auf die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse zu verschaffen. Durch seine engagierte Arbeit in den städtischen Wahlgremien - seit 1905 im Gemeindegremium, seit 1911 im Stadtmagistrat - gab er der Stadtpolitik in den schwierigen Jahren bis 1933 prägende Impulse.

Einige der bedeutendsten Errungenschaften der Weimarer Jahre, die auf die Initiative der SPD bzw. Nimmerfalls zurückgingen, sollen an dieser Stelle benannt werden:

- die Verbesserung der Schul- und Bildungssituation von Kindern aus minderbemittelten Familien, Untersuchungen,
- die Einführung von Schulkinderspeisungen und eine Verbesserung der schulärztlichen Untersuchungen
- die Einrichtung einer "Milchzentrale" (die nicht nur die Qualität der Milch kontrollierte, sondern auch für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgte),
- die Durchführung von Beschäftigungsprogrammen für Erwerbslose aus Pasing.

Sitzverteilung im Pasinger Stadtmagistrat		1908	1911	1914	1919	1924	1929
SPD		3	5	6	5	6	7
Zentrum/BVP		19	18	15	5	6	6
Liberales		7	7	9	-	-	-
USPD		-	-	-	7	-	-
DDP		-	-	-	3	-	-
KPD		-	-	-	-	2	2
VWG		-	-	-	-	4	2
MG		-	-	-	-	2	-
NSDAP		-	-	-	-	-	2
FBM		-	-	-	-	-	1
Sonstige		1	-	-	-	-	-
insgesamt		30	30	30	20	20	20

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	DDP	Deutsche Demokratische Partei
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei	VWG	Vaterländische Wahlgemeinschaft
BVP	Bayerische Volkspartei (vor 1918: Zentrum)	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeitspartei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	FBM	Freie Bürgerliche Mitte

Gemeindewähler!

Am Sonntag den 7. Dezember 1924

geht jede Staats- und Gemeindegewählerin, jeder Staats- und Gemeindegewähler, daran das Wohl unseres deutschen Vaterlandes und unserer lieben Heimatgemeinde am Herzen liegend, von vormittags 9 Uhr an zur Wahl. Es gilt wieder auf die nächsten fünf Jahre Vertreter in das Reichs- und Gemeindeparlament zu entsenden.

Die Gemeinde ist das Fundament für den Staatsbau. Der Baumeister,

die Gemeindewähler

müssen am Wahltag bestimmen über die Sicherheit dieses Fundamentes, den

Stadtrat.

Wenn du, liebe Gemeindegewählerin und lieber Gemeindegewähler, erst prüfst welchem Stadtvertreter du deine Stimme geben willst, dann denke nach:

1. Was war Pasing?
2. Was ist Pasing?
3. Was kann aus Pasing werden?

Bis zum Jahre 1905 war Pasing trotz seiner 8000 Einwohner noch eine Landgemeinde; der einseitig aus der Zentrumsbauernherrschaft gebildete Gemeindevorstand hatte wenig Sinn für die städtebauliche Entwicklung Pasingens. Das Wichtigste war, daß die landwirtschaftlichen Gründe teuer verkauft wurden. Zur Stadt erhoben, hatten wir fast keinen Grundbesitz — noch 1855 hatte das kleine Pasing 280 Tagewerk Gemeindegut, das dann die Gemeindebeherrscher

die Schülerwanderungen, die Bemühungen um die Kinder aus den besetzten Gebieten sind Verdienste der Sozialdemokraten während der letzten fünf Jahre.

Neben dieser körperlichen und geistigen Erleichterung unserer Pasinger Jugend, die durch den langen Krieg stark vernachlässigt wurde, haben die

Sozialdemokraten

für die sozial Bedrückten, die Armen und Schwachen, die Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Sozial- und Kleinrentner nach Möglichkeit helfend eingegriffen. Bei einem sozialen Werk dürfen nicht die Fördernden um Dank gehen. Die nachfolgende Aufzählung der sozialdemokratischen Arbeit auf dem Sozialgebiet soll den Wählern zeigen, wie die Sozialdemokraten verleumdet und verächtlich zu machen versucht werden. Den Anregungen und Anträgen der sozialdemokratischen Stadtvertreter ist es zu verdanken, daß für die Pasinger Bevölkerung folgendes geschaffen wurde:

- Einrichtung einer städtischen Säuglingsfürsorge. Ausbau einer privaten solchen Fürsorge. Erfassung jedes Säuglings der Stadt. Reichliche Zuschüsse an Nahrungsmitteln, Milch und Kinderkleidung.
- Säuglingskrippe. Unterstützung durch Milchzentrale mit täglich 10 Liter Milch unentgeltlich.
- Gesundheitliche Überwachung aller Bewahrschulkinder. Einbeziehung derselben in die Kindererziehung. Unterstützung des privaten Kindergartens.
- Ausbau der Schulfürsorge. Regelmäßige Sprechstunde des Schularztes. Unterstützung armer Schulkinder. Übernahme der Behandlungskosten durch die Stadt.
- Sondertunstunden für schwächliche Kinder.
- Beihilfe in Kleidung und Schuhwerk für arme Schulkinder.
- Schulärztliche Fürsorge für die Fortbildungsschulen.
- Unterricht in Gesundheitslehre und Kinderpflege in der Mädchenberufsbildungsschule.
- Einrichtung einer städtischen Berufsberatungsstelle.
- Städtisches Bad mit verbilligtem Besuch durch Schulkinder.
- Ausbau des Wohlfahrtsamtes mit Errichtung eines Ausschusses und Beteiligung aller interessierten Vereine.

Während der Kriegszeit erfüllten die vom Feld zurückgebliebenen sozialdemokratischen Vertreter ihre schwere Pflicht der Gemeinde und damit auch dem Vaterlande gegenüber.

Die Wirrnisse der Nachkriegszeit und besonders die schreckliche Inflationszeit fanden die Sozialdemokraten auf dem Posten. Die Errungenschaften sozialpolitischer und schulischer Art, wie auf dem wirtschaftlichen und gemeindepolitischen Gebiet, wurden von den Sozialdemokraten angeregt und auch durchgeführt. Von den 20 Stadträten, die 1920 gewählt wurden, waren fünf W.P., drei D., sieben U.P. und

fünf Sozialdemokraten und der sozialdemokratische 2. Bürgermeister.

Die bürgerlichen wie die kommunistischen Stadträte folgten den praktischen Anträgen der sozialdemokratischen Vertreter,

einstimmige Beschlüsse

wurden in 90 Prozent erzielt.

Dadurch wurde es möglich, daß heute die Stadt 238 Tagewerk Grund besitzt, das Steinerbad Stadtbefitz ist, das Wertgeleise erbaut wurde, ein Wasserpumpwerk errichtet, neue Straßenbauten durchgeführt wurden, die Münchener Straße gepflastert wurde, der Friedhof ein würdiges Aussehen erhält, der Marienplatz bebaut wurde,

Neben diesen vorbrinlichsten Aufgaben für die Gemeinde haben die Sozialdemokraten die wichtige Frage der

Unmittelbarkeit Pasingens

energisch gefördert. Die Erleichterungen für das Bau-, Polizei-, Pflanz-, Gebührenwesen sind ebenso wichtig, wie die selbständige und freiere Verwaltung, Erleichterung und Befähigung des Arbeitsbetriebes der Stadt.

Die Gebührensätze und städtischen Umlagen für Haus- und Gewerbesteuern wurden nach den Vorschlägen des Finanzreferenten, der sich in der Mittelstandspartei den Wählern wieder präsentiert, von den Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien angenommen. Bei den von den Sozialdemokraten gestellten Anträgen für

Sozialpolitik

stimmten die Rechtsparteien dafür.

Vieles ist noch zu tun. Zunächst muß die

Kanalisation

Pasingens geschaffen werden. Vorrat sind alle Denkschriften und Pläne hierzu ausgearbeitet.

Die bessere Beleuchtung

der Straßen und Plätze Pasingens ist ebenso vorbrinlich. Wenn Pasing sich städtebaulich weiter entwickeln soll, muß der städtische Grundbesitz vermehrt werden. Neben den rein wohnlichen Stätten muß für geeignete Plätze zur Förderung der Industrie und des Handwerks gesorgt werden. Die

Kleintwohnungsbaufrage,

einzig und allein das Verdienst der Sozialdemokraten, darf nicht zum Ruhen kommen, die Bautätigkeit muß ebenso gefördert werden, wie die Verbesserung unserer Straßen und Wege.

Ein Denkmal an den unglücklichen Krieg muß in Pasing geschaffen werden, ein

Altersverforgungs-, Waisen- und Kriegsstrümpelhaus,

Bemerkenswert ist dabei, daß es zwischen der SPD und der stärksten bürgerlichen Kraft im Pasinger Stadtrat, der konservativ-katholischen Bayerischen Volkspartei (BVP), auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik eine Reihe von Berührungspunkten gab, die eine vergleichsweise enge Zusammenarbeit ermöglichten. Auch hierfür steht der Name Nimmerfall

Trotz tiefgehender weltanschaulicher Gegensätze und unterschiedlicher programmatischer Schwerpunkte wurden im Stadtrat zwischen beiden Parteien in der ersten Hälfte der 20er Jahre nur selten lähmende ideologische Grundsatzdebatten ausgefochten. Im Mittelpunkt der Pasinger Kommunalpolitik standen Bemühungen um eine möglichst einvernehmliche Lösung von Sachfragen.

Dies bedeutete nicht, daß sich parteipolitische Konturen verwischten, und kontroverse, für das weltanschauliche Selbstverständnis beider Seiten unverzichtbare Orientierungspunkte aufgegeben wurden. Im Gegenteil gab es eine Reihe von Themen, bei denen zwischen SPD und BVP aufgrund ihrer politischen Grundsätze kaum ein Konsens denkbar war. So etwa in der Frage der geistlichen Schulaufsicht und der konfessionsgebundenen Schule.

Da gerade die Sozialdemokratie die **Reform des Schulsystems** als zentrales Anliegen betrachtete, konnten Konflikte mit dem bürgerlichen Lager nicht ausbleiben. Die Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit und die Gewährleistung gleicher **Bildungschancen** auch **für Arbeiterkinder** war traditionell ein wichtiger Themenbereich sozialdemokratischer Politik. Noch war der sozialkonservative Charakter des kaiserlichen Bildungssystems in weiten Teilen wirksam, wurden Bildungseliten gepflegt, war der Zugang zum Wissen nur ansatzweise demokratisch geregelt.

In der **Schulstadt Pasing**, die über eine Reihe gehobener Bildungseinrichtungen verfügte (Lehrerbildungsanstalt, Humanistisches Gymnasium, Institut der Englischen Fräulein, Mädchenlyzeum), bestand besonders auf dem Gebiet der Elementar- und Berufsschule Nachholbedarf. In den Volksschulen wurde deshalb auf Initiative der Sozialdemokratie das 8. Pflichtschuljahr eingeführt und die Lernmittelfreiheit für Schülerinnen und Schü-

ler aus Arbeiterfamilien gefördert. Darüber hinaus richtete die Stadt 1919 eine dreijährige Knaben-Berufsbildungsschule ein und begann Mitte der 20er Jahre mit der Einrichtung von Hilfsschulklassen und den Planungen zu einem weiteren Zentralschulhaus.

Als besonders störend empfanden die Pasinger SPD und der lokale Gewerkschaftsverein den starken Einfluß der katholischen Kirche und kirchlicher Organisationen auf das örtliche Schulwesen. Die Kirche brachte ihre Zielsetzung, den Schülerinnen und Schülern ein von katholischen Grundwerten geprägtes Menschen- und Weltbild zu vermitteln, entschlossen und kompromißlos zum Ausdruck. Demgegenüber war es einer der zentralen programmatischen Leitsätze der SPD seit ihren Anfängen, den Arbeiter von staatlicher und kirchlicher Bevormundung zu befreien und die Entwicklung unabhängig denkender Persönlichkeiten mit der Fähigkeit zu kritischem Urteil, eigenverantwortlichem und solidarischem Handeln zu fördern. Solange freilich die Kirche maßgeblich an der Ausgestaltung schulischer Lehr- und Lerninhalte beteiligt war, konnte dieser Anspruch nach Überzeugung der Sozialdemokraten kaum eingelöst werden. An diese Tradition knüpfte das bildungspolitische Engagement in den 60er Jahren an, das u.a. zur Abschaffung der sogenannten Bekenntnisschule in Bayern führte.

Doch zurück zu Hans Nimmerfall. Dieser Politiker, der allein schon durch seine starke Persönlichkeit beeindruckte, vermochte durch Sachverstand und Kompetenz auch dem politischen Gegner Respekt abzugewinnen, ja Sympathien zu erringen. Als ein in der Gewerkschaftsarbeit verwurzelter Politiker war er ein Mann der Praxis, der für revolutionäre Schwärmereien, ideologische Parolen und klassenkämpferischen Rigorismus nur wenig Verständnis hatte. Nimmerfall war ein gemäßigter Sozialdemokrat im besten Sinne, der besonders die radikalrevolutionären „Kaffeehaussozialisten“ mit tiefem Mißtrauen beobachtete.

Es ist vor allem Nimmerfalls Einfluß zuzuschreiben, daß Pasing 1918/19 von den Revolutionswirren im nahen München nicht unmittelbar betroffen wurde.

Zwar regierte auch in Pasing vorübergehend ein **"Revolutionärer Arbeiterrat"**, wurde auch hier nach der Ermordung des Ministerpräsidenten **Kurt Eisner** im Februar 1919 der Generalstreik ausgerufen. Zu einer Eskalation der Gewalt und zu blutigen Unruhen wie in der Hauptstadt kam es in Pasing glücklicherweise nicht.

Nimmerfall war stets gesprächsbereit und offen für Kompromisse, wenn dies im Interesse der Arbeiterschaft und der sozial Schwachen war.

Sein Politikverständnis war nicht fernen Zie-

Im Lager wurde der damals 61jährige Nimmerfall durch schwerste, teilweise widerwärtige körperliche Arbeiten und stetigen Terror der Wachmannschaften körperlich und seelisch zu Grunde gerichtet. Dazu ein Leidensgenosse: "Ich habe Hans Nimmerfall als aufrechten und unerschrockenen Vertreter der Arbeiterschaft kennengelernt. Als solcher war er bei den leitenden Personen der NSDAP sehr verhaßt und wurde infolge dessen schon in den ersten Märztagen 1933 verhaftet" Im Konzentrationslager Dachau "wurde Nimmerfall von Anfang an zu schwerer körperlicher Arbeit in der Kiesgrube oder an der 'Lina', d.h. als Zugtier an der Straßen-



Ich bin ein klassenbewußter SPD - Bonze"

Bayerische SPD - Funktionäre 1933 im KZ - Dachau, dritter von links Hans Nimmerfall

len, sondern dem konkret Machbaren verpflichtet. Von daher war für ihn die Weimarer Demokratie ein wirklicher Fortschritt, den es zu bewahren und im Sinne einer sozialen Demokratie auszubauen galt. All jenen politischen Kräften, die diese Entwicklung zerstören wollten, vor allem den radikalen Parteien der Linken und Rechten, trat Nimmerfall - und mit ihm die Pasinger SPD - entschlossen entgegen. Die Nationalsozialisten haben ihm diesen Einsatz für Demokratie und soziale Gerechtigkeit nach 1933 nicht vergessen. Am 30. Juni 1933 wurde Hans Nimmerfall, Inhaber einer Dankesurkunde und des Ehrenbriefs der Stadt Pasing, in das **Konzentrationslager Dachau** eingeliefert.

Straßenwalze u.a. herangezogen. Zwischenhinein hatte er auch an Arbeiten wie Entleeren der Küchenabfalltonnen oder der Abortgruben u.ä. teilzunehmen. Nach solcher 'Sonderbeschäftigung' waren die Betroffenen nicht nur besonders dreckig und stinkend, sondern auch seelisch und körperlich vollständig erledigt." Wenige Monate später, im Februar 1934, wurde Nimmerfall als gebrochener und kranker Mann entlassen, der unter Herzbeschwerden und - schlimmer noch - fürchterlichen Verfolgungsängsten litt. Von den Qualen im Dachauer Lager erholte er sich nicht mehr. Er starb am 20. August 1934 im Pasinger Krankenhaus an den Folgen der KZ-Haft.

Dieses schlimme Schicksal blieb den meisten SPD-Genossinnen und -Genossen erspart, wenngleich auch viele unter dem nationalsozialistischen Gewaltregime zu leiden hatten. Leidenschaftlich, aber erfolglos hatten sich viele Pasinger Sozialdemokraten in den 20er und frühen 30er Jahren exponiert, für die Republik und gegen den NS-Extremismus gekämpft. Die Gründung einer Ortsgruppe des **"Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold"** diente ebenso dazu wie die Veranstaltung von Aufmärschen an den Maifeiertagen und Verfassungsfeiern.



Demonstrationsmarsch der „Eisernen Front“ in Pasing

Auszug aus dem Protokoll der Ausschuß - Sitzung vom 29 Oktober 1929

Protokoll

der Ausschußsitzung am 11. Jan. 29 im „Lindenglatz“
 Beginn 20.15.

Anwesenheit vom Parteiausschuß die Gen. Alt, Hof, Kämpf sen., Hoffmann, Kämpf jun., Panti, Bohner u. Gattel; anwesend geladene die Gen. Max Gapsner, Strol u. Kraut.

Tagesordnung:

- Punkt 1. Bericht des Herrn Hof u. Kämpf jun.
2. Festsetzung der nächsten Versammlungen.
3. Parteiangelegenheiten.

Zu Punkt 1 erklärt Gen. Alt, daß er dem jüngsten der Gen. Max Gapsner, der sich durch seinen Antritt der Gen. Kämpf Otto jun. in seiner für Stadtrat stellt, stattdessen habe in die Parteijugend dem Parteiausschuß zur Klärung in Klärung unterbreite. Als jüngere der Vorgänger hat er die Gen. Gapsner, Strol u. Kraut geladen. Er fragt die beiden Gen. Max u. Kämpf jun. ob sie gegen diese Zusammenfassung der Ausschüsse etwas einzuwenden haben, was beide verneinen. Gen. Kämpf jun. ist jedoch der Ansicht, daß eine Besanlung dieser Sache der dem

Der Höhepunkt der Parteiaktivitäten wurde im Jahr 1932 erreicht, in dem allein fünfmal gewählt wurde. Die Pasinger SPD befand sich im permanenten Wahlkampf. An die örtlichen Haushalte wurden 95.000 Flugblätter verteilt und prominente Redner wie der Reichstagspräsident **Paul Löbe** oder der Landtagsabgeordnete **Wilhelm Hoegner** traten bei Wahlveranstaltungen auf.

Nach der „Machtergreifung“ wurde den Pasinger Genossinnen und Genossen ihr demokratisches Engagement übel vergolten. Für sie, vor allem aber für die bekannten lokalen Funktionäre, war die Bedrohung durch die Gestapo und den Parteiapparat allgegenwärtig. Wiederholt wurden Sozialdemokraten kurzerhand verhaftet, vorübergehend im Polizeigefängnis in der Ettstraße inhaftiert oder auch für einige Wochen zur **„Schutzhäft“** nach Dachau verbracht. So auch der Genosse Georg Gradel.

Wilhelm Georg Gradel,

am 21. Mai 1899 geboren, vormalig städtischer Angestellter im Liegenschaftsamt, und 1945 bis 1974 Vorstand der Wohnungsgenossenschaft an der Nusselstraße, hätte heuer die 75jährige Mitgliedschaft in der Pasinger SPD feiern können. Es war ihm nicht gegönnt, er verstarb am 30. März 1994 im hohen Alter von 94 Jahren. 1913 bis 1916 hatte Gradel in Augsburg eine Schlosserlehre absolviert und

nach dem Ersten Weltkrieg als Heizungsmoniteur gearbeitet. Seit seiner Lehrzeit war er in verschiedenen Funktionen im Deutschen Metallarbeiterverband gewerkschaftlich engagiert. In den Arbeitersport- und Kulturorganisationen nahm er ab 1920 ebenfalls unterschiedliche Aufgaben wahr. Nach dem Ersten Weltkrieg zunächst in der USPD, dann in der SPD organisiert, hatte Gradel bis 1933 vom Unterkassier bis zum Ortsvereinsvorsitzenden so ziemlich alle Positionen einmal inne.

1930 übernahm er in einer „schrecklichen Zeit“, wie er selbst später berichtete, den Parteivorsitz. Es war damals kaum mehr möglich, auf kommunalpolitischer Ebene Kandidaten zu gewinnen. Übrig blieben zum Schluß allein Hans Nimmerfall, Georg Nussel, Adolf Lichtinger, Dr. Hugo Hösch, Josef Alt, Franz Langinger, Simon Bollwitz, Georg Lorenz, Fritz Wochinger und eben Georg Gradel.

Am 30. Juni 1933 wurde er, fünf Uhr früh, wie viele andere Genossinnen und Genossen, die für ihre Überzeugung einstanden, verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau verbracht.

Nach 1945 arbeitete er an der Neugründung von Gewerkschaft und Partei mit, war Mitglied des bayerischen Vorparlaments und des Bezirkstages von Oberbayern. Bis ins hohe Alter hat sich Gradel für die Belange kleiner Leute und ganz besonders für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt.



Georg Gradel mit dem Aufsichtsrat der Wohnungsgenossenschaft Pasing, 1946 (im Hintergrund Bild des Gründers Nimmerfall)

Polizeiliche Stellungnahme zur Festnahme von Pasinger

Sozialdemokraten am 30.06.1933

Sämtliche Festgenommenen waren Mitglieder der S.P.D.

L a n g i n g e r war bis vor kurzer Zeit soziald. Stadtrat; er trat erst auf unzweideutiges Drängen der N.S.D.A.P.-Fraktion zurück. Ausserdem war L. Vors, des A.D.G.B.-Ortsgr.Pasing; ferner ist er unbedingter Anhänger der marxistischen Idee.

W o c h i n g e r ist soziald. Stadtratsmitglied. Er ist ein ruhiger Mann; politisch trat er noch nicht hervor. Er war Vorstand des Mieterschutzvereins.

L o r e n z , ist soziald. Stadtratsmitglied. Er war Mitarbeiter in der soziald. Presse und war als besonders aktiver *Marxist* bekannt.

Gradel ist soziald. Stadtratsmitglied. Er war Vorstand der S.R.O.-Ortsgr.Pasing - und ist als radikaler Marxist bekannt.

Etterer war Führer des Reichsbanners in Pasing. Er war bereits vom 14.3.33 bis 1.5.33 in Schutzhaft. Ueber marxistische Betätigung des E. wurde in letzter Zeit nichts mehr bekannt. Er dürfte sich politisch zurückgezogen haben.

K r a u s war Schufo-Führer beim hiesigen Reichsbanner, Er war ebenfalls vom 14.3.33 bis 1.5.33 in Schutzhaft. Bei ihm ist nicht anzunehmen, dass er sich jetzt noch staatsfeindlich betätigt. Er ist z. Zt. scheinbar im Begriff, sich politisch umzustellen.

H o f f m a n n war Vorstand des Arbeiter-Sportkartells in Pasing. Er ist als radikaler Marxist bekannt und hat sich als solcher besonders eifrig betätigt.

Die Durchsuchung der Wohnungen der Vorgeführten war ergebnislos mit Ausnahme bei Gradel, bei welchem eine Anzahl Druckschriften und Korrespondenzen vorl. beschlagnahmt und bei der Bayer. polit. Polizei am 30.6.33 mit abgegeben wurde. { EMBED PBrush }

gez. Müller
Polizei-Inspektor

Permanente Bespitzelung und Gewaltandrohung erschwerten den aktiven Widerstand gegen das Terrorregime. Was blieb, waren der Rückzug ins „innere Exil“ und spezifische Formen der Verweigerung, die kaum nennenswerte Repressalien nach sich zogen, gleichwohl die Funktionsfähigkeit und die innere Ordnung des Systems allmählich aber unaufhaltsam zerstörten, wie etwa die Verweigerung von Spenden und Mitgliedschaften in NS-Formationen. Dabei gaben Kameradschaft und solidarischer Zusammenhalt den Pasinger Genossinnen und Genossen auch nach 1933 die erforderliche Kraft, sich dem Allmachtsanspruch und Anpassungsdruck der NS-Bewegung erfolgreich zu widersetzen.

Im Verborgenen, unter konspirativen Bedingungen lebten sozialdemokratische Strukturen fort, bildeten sich geheime Gruppen oder, wie die Gestapo besorgt feststellte, "Gesinnungsgemeinschaften", in denen "einer den anderen ohne viel Worte versteht". Es waren - auch in Pasing - nach der Befreiung diese Gruppen, aus denen dann die Nachkriegs-SPD hervorging.